



## Redebeitrag der AfD Ratsfraktion zum städtischen Haushaltplan 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

das politische Ringen und eine lebhafte Diskussion um die besten Konzepte und Lösungen für unsere Stadt ist der zentrale Wesenskern unserer Demokratie. Auch deshalb ist es zu begrüßen, dass wir heute nach über zwei Jahren wieder die Gelegenheit dazu haben, uns in Reden kritisch mit unserem Haushalt auseinanderzusetzen, bevor wir über diesen beschließen. So nutzen wir die Möglichkeit, den Menschen in unserer Stadt die politischen Ansätze der im Rat vertretenen Fraktionen - vor allem aber auch deren Unterschiede - für die Wähler transparent zu machen.

Dabei ist doch gerade in einer Zeit wie dieser das beherzte Wettstreiten um die besten Lösungen mehr denn je geboten. Denn unser Land, und da denke ich, sind wir uns alle noch miteinander einig, steckt in einer schweren Krise. An dieser Stelle dürfte die Einigkeit aber auch schon wieder enden, denn nach unserer Auffassung ist diese Krise nicht wie eine Naturkatastrophe über uns hereingebrochen, sondern sie ist hausgemacht und vor allem das Resultat einer verfehlten Politik, deren Anfänge schon mehr als 15 oder gar 20 Jahre zurückreichen.



Neu ist nur die Dimension, mit denen die politischen Fehler und deren verheerende Folgen unter der aktuellen Regierung immer sichtbarer werden, sich beschleunigen und immer mehr ihren Weg in das alltägliche Leben der Menschen bahnen. Massiv steigende Preise, Gas- und Energiemangel sowie ein dadurch drohender Blackout, sollen hier nur exemplarisch genannt sein.

Die limitierte Zeit lässt es leider nicht zu, auf all die Fehlentscheidungen und Versäumnisse der Politik der letzten Jahre einzugehen, durch die der Karren in den sprichwörtlichen Dreck gezogen wurde. Auf einige Punkte jedoch werde ich in meiner Rede eingehen müssen, denn diese haben mittelbar mit dem hier und heute zu beschließenden Haushalt für das laufende Jahr zu tun.

Dieser ist geprägt von den höchsten Einnahmen, die unsere Stadt jemals hatte. Sie belaufen sich auf rd. 354 Mio. € und reichen doch nicht aus, um kostendeckend zu wirtschaften. Nur mit einem buchhalterischen Taschenspielertrick, nämlich indem die vermeintlich durch Corona und den Ukraine-Krieg verursachten Kosten - die sich allein in 2023 auf 26 Mio. € belaufen - "isoliert" und dann ab 2026 über eine Laufzeit von 50 Jahren abgeschrieben werden, erreicht man einen "ausgeglichenen" Haushalt.

Es ehrt unseren Kämmerer, dass er dieser Praxis skeptisch gegenübersteht und eine Verlustbuchung gegen das (ohnehin bereits negative) Eigenkapital "klarer und ehrlicher" fände. Wäre Hr. Kleinschmidt nicht Kämmerer in unserer Stadt, sondern Olaf Scholz, würde uns dieser wohl mit ähnlicher Dreistigkeit auch diesen kreditfinanzierten Aufwand noch als "Sondervermögen" verkaufen.

Der geübte Kaufmann hingegen weiß es besser: "Profit is a matter of opinion, cash is a matter of fact" – oder anders ausgedrückt: Gewinn kann man gestalten, den Saldo auf seinem Bankkonto nicht!

Und so finden schlussendlich auch die mittels Taschenspielertricks isolierten Aufwendungen ihren Niederschlag in der mit rd. 459 Mio. € überbordenden Verschuldung Wittens. Für uns steht fest, dass unsere Stadt diesen immensen Schuldenberg bei einem "weiter so" niemals wird aus eigener Kraft abzahlen können und so geht selbst die mittelfristige Finanzplanung von einer weiter steigenden Verschuldung aus, die erstmals 2025 die 500-Mio.-Schallmauer durchbricht – ein trauriger Schuldenrekord!

Was also ist zu tun, um die Abwärtsspirale Wittens zu durchbrechen?

Zunächst einmal sollte Schluss damit sein, die Verantwortung für die Finanzmisere unserer Stadt wegzuschieben, indem immer wieder das Land oder der Bund dafür verantwortlich gemacht wird, weil diese stetig mehr Aufgaben auf die Städte abwälzen, ohne jedoch für adäquaten finanziellen Ausgleich zu sorgen. Auch, wenn der Sachverhalt im Kern zwar zutreffend ist, so ist er aber ebenso unehrlich, denn die für diese Entscheidungen maßgeblich verantwortlichen Parteien sind sowohl in unserer Stadt als auch im Land oder Bund mit SPD, CDU und wahlweise den Grünen oder der FDP ausnahmslos immer dieselben.

Wenn also Ihre Parteien ernsthaft daran interessiert wären, eine Lösung für die sogenannten "Altschulden" oder eine grundsätzlich bessere Finanzierungsbasis der Städte zu finden, sie hätten doch längst jede Möglichkeit dazu gehabt. Bei all den Hilfs- und Rettungspaketen bzw. um bei Olaf Scholz zu bleiben der "Wumms- und Doppel-Wumms" der letzten Jahre wäre es doch auf ein paar Milliarden mehr oder weniger auch nicht mehr angekommen, um etwas für die schuldengeplagten Kommunen zu tun.



Dass eine solche Entscheidung zur Entschuldung zwar seit Jahren gefordert, aber bislang immer ausgeblieben ist, unterstreicht für uns sehr deutlich den Mangel an einem echten Willen. Die Kommunen werden so durch Ihre Parteien an der kurzen Leine gehalten – und genau das dürfte auch die eigentliche Absicht sein, denn das Interesse an finanziell wirklich autarken Kommunen dürfte mit zunehmender politischer Entfernung in Wahrheit stetig abnehmen.

Wenn eine mittelgroße Stadt wie Witten bald mehr als 500 Mio. € Schulden angehäuft hat, dann steht fest, dass unsere Stadt offensichtlich deutlich über Ihre Verhältnisse gelebt hat. Wer mehr ausgibt, als er einnimmt, der macht Schulden. Wer Schulden abzubauen beabsichtigt, der muss mehr einnehmen, als er ausgibt – so einfach ist das ökonomische Prinzip hinter einer soliden Haushaltsführung, welches seit jeher in Witten keine Anwendung findet!

Dass sich bspw. die Transferleistungen in unserer Stadt zw. 2008 – 2026 mehr als verdoppelt haben werden und mit 175 Mio. € längst den größten Ausgabenposten in diesem Jahr bilden, ist doch nicht vom Himmel gefallen. Das sind die konkreten Folgen Ihrer Politik – vielleicht nicht direkt in Witten, aber dafür ganz sicher im Land und im Bund. Denn dort treffen doch Ihre Parteifreunde die Entscheidungen, die am Ende dazu führen, dass hier in Witten immer schneller die Schuldenuhr tickt. Wenn Sie also unserer Stadt etwas Gutes tun wollen, dann – lieber Herrschaften von SPD, Grüne, CDU und FDP – sprechen Sie mit ihren Parteikollegen aus dem Landtag und dem Bundestag, wenn Sie sich auf der nächsten Partei-Veranstaltung treffen und beschweren Sie sich über die Konsequenzen deren politischer Entscheidungen, die wir hier zu tragen haben.

Sorgen Sie durch Ihre Intervention beispielsweise dafür, dass nicht immer mehr Unternehmen wegziehen, unternehmerisches Handeln durch überbordende Bürokratie und eine industriefeindliche Politik verhindert, statt gefördert wird und so immer mehr Menschen abhängig von staatlicher Unterstützung werden, die sich dann in Form von Transferleistungen im Haushalt wiederfinden. Sorgen Sie dafür, dass vor allem nur die Menschen an unserem Sozialstaat teilhaben, die diesen durch ihrer Hände Arbeit zuvor auch mitgetragen haben. Leistung muss sich lohnen und derjenige, der arbeitet, muss immer signifikant mehr haben als derjenige, der es nicht tut. Das kürzlich beschlossene Bürgergeld ist hierzu und auch zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Übrigen der denkbar schlechteste Beitrag, denn das Bürgergeld subventioniert die Nicht-Arbeit und zwar zu Lasten derer, die arbeiten.

Dieser Irrsinn ist schlicht Ausdruck einer vollkommen aus dem Ruder gelaufenen Sozialpolitik, in der erwirtschaften als gierig und verteilen als sozial gilt. Nach unserem Verständnis aber ist es keineswegs sozial, Menschen in eine immer größere Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zu bringen, sondern vielmehr diese zu ertüchtigen, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können.

Wenn Sie darüber hinaus über Ihre Parteien dann noch für eine vernünftige Asyl- und Einwanderungspolitik sorgen, so dass echte Fachkräfte und nicht einfach jeder in unser Land kommen kann, der zuvor durch zig sichere Drittländer gereist und wohl nur vor allem deshalb zu uns möchte, weil wir hierzulande mit den höchsten Geldleistungen locken, dann hätten Sie Ihrer Stadt einen weiteren großen Dienst erwiesen. Denn dann müssten wir in Witten nicht weiter mehrere hundert Personen dulden, die keinen Asylgrund haben und unser Land eigentlich verlassen müssten.



2019 betraf dies bereits 400 Personen, die uns jedes Jahr mehr als 5 Mio. € kosten, weil sie wie echte Asylberechtigte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Personen endlich in ihre Herkunftsländer zurückkehren und zukünftig nur noch solche Personen in unser Land gelassen werden, die tatsächlich vor Krieg fliehen und damit selbstverständlich temporären Schutz bei uns bekommen sollen, dann wäre ein großer Schritt getan für eine finanziell bessere und auch sichere Zukunft unserer Stadt!

Und wenn wir dann auch noch die gesparten Finanzmittel besser darin investieren, mit dem unvermeidlichen und über Jahrtausende existierenden Klimawandel besser umzugehen, dessen Folgen durch kluge Maßnahmen abzumildern, anstatt uns anzumaßen, das Weltklima von Witten aus zu beeinflussen, dann sollten auch Starkregen und damit einhergehende Überschwemmungen, wie sie im vorletzten Jahr auch unsere Stadt ereilten, beherrschbar bleiben. Die Investition in effektive Entwässerungssysteme ist als Schutz vor solchen Unwetterereignissen nach unserer Auffassung jedenfalls deutlich besser geeignet als teure Klimaschutzmaßnahmen, deren Nutzen keiner wirklich seriös beziffern kann.

Meine Damen und Herren, seien wir ehrlich zueinander, die Ursachen, weshalb diese Stadt unter einer erdrückenden Schuldenlast ächzt, im Grunde bankrott und in manchen Bereichen leider auch nicht wirklich attraktiv ist, diese Ursachen sind zu einem ganz großen Teil selbst verursacht worden. Wenn Sie und Ihre Parteien es wollten, dann könnte man diese Ursachen weitestgehend sofort abstellen – man muss es nur wollen und dann auch machen!

Der vorliegende Haushalt ist ein Abbild dessen, woran unser Land insgesamt krankt. Er drückt das in Zahlen aus, was hier in unserer Stadt als Folgen falscher Politik über die vergangenen Jahrzehnte angesammelt wurde. Es dürfte Sie wenig überraschen, dass sich unsere Motivation in Grenzen hält, diesem zeitgeschichtlichen Zeugnis des politischen Versagens die Absolution zu erteilen, indem wir diesem Haushalt auch noch zustimmen. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich möchte zum Abschluss meiner Ausführungen gerne die Gelegenheit dazu nutzen, mich im Namen der AfD Ratsfraktion Witten recht herzlich bei allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit zu bedanken. Sie alle sind wichtig und werden gebraucht.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind immens. Ich wünsche uns allen vor diesem Hintergrund stets ein glückliches Händchen bei deren Bewältigung. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, Witten jeden Tag ein Stück besser zu machen. Packen wir es an!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Mallhos / Zenkel

Im Namen und Auftrag der AfD Ratsfraktion Witten

Fraktionsvorsitzender